

PROFIL DAS MAGAZIN DER BUNDESTAGSFRAKTION GRÜN



UNSERE NATÜRLICHE VERBÜNDETE

**WER DAS KLIMA RETTEN WILL,
MUSS DIE NATUR SCHÜTZEN**

UNSERE NATÜRLICHE VERBÜNDETE Klimaschutz geht nur mit Naturschutz und darum müssen wir jetzt wie bei der Energiewende den Turbo einlegen, damit die Klimaziele noch zu erreichen sind, erklären Jan-Niclas Gesenhues, Christina-Johanne Schröder und Johannes Wagner. **Seite 4**

DEMOKRATIE FÖRDERN Wir müssen die Zivilgesellschaft stärken, um rassistischer und antisemitischer Gewalt und Hetze den Nährboden zu entziehen. Wie das Demokratiefördergesetz dabei hilft, zeigen Schahina Gambir und Marlene Schönberger. **Seite 8**

UNGERECHT GEHT GAR NICHT Mehr bezahlbaren Wohnraum, weniger Kinderarmut, grünere Städte: Dafür setzt sich Hanna Steinmüller im Bundestag ein. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 12**

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG Um Krisen zu überwinden und ihre Schäden zu begrenzen, müssen wir Ressourcen gerechter verteilen. Eine nachhaltige Finanzierung der globalen Entwicklung ist dafür unerlässlich, schreiben Deborah Düring und Felix Banaszak. **Seite 14**

DA SCHAU WER Warum das Lobbyregistergesetz nachgeschärft werden muss, erklären Konstantin von Notz und Bruno Hönel im Gespräch mit profil:GRÜN. **Seite 16**

AUS DEN FACHBEREICHEN Wir berichten über unsere weiteren parlamentarischen Vorhaben. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Highlights unserer Veranstaltungen. **Seite 22**

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

dieser Hitzesommer bricht alle Rekorde. Der Juni und Juli waren die heißesten Monate seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Temperaturen über 30 Grad bereits zum Sommerbeginn sind keine Ausnahme mehr. Dazu kommen Wetterextreme mit fatalen Konsequenzen für Mensch und Natur. In manchen Regionen wird das Wasser knapp, andere werden von Flutkatastrophen heimgesucht. Anhaltende Hitze lässt Felder verdorren, Flüsse austrocknen und löst verheerende Waldbrände aus.

Klimaschutzpolitik kann und muss diese Herausforderungen von zwei Seiten anpacken: Zum einen müssen wir den CO₂-Ausstoß drastisch reduzieren, zum anderen kommen wir nicht darum herum, uns an die veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen. Die grüne Bundestagsfraktion hat bereits entscheidende Weichen gestellt. Mit dem Gebäudeenergiegesetz senken wir die Emissionen im Bereich „Bauen und Wohnen“. In hohem Tempo treiben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien voran. Ganz aktuell beschleunigen wir mit dem Solarpaket I den Ausbau von Photovoltaik und bauen Bürokratie ab, zum Beispiel um Balkon-Solaranlagen noch leichter zu ermöglichen. Mit dem Bundes-Klimaanpassungsgesetz geben wir Bund, Ländern und Kommunen erstmals einen strategischen Rahmen für vorsorgende Klimaanpassung vor Ort. Eine kluge Anpassungsmaßnahme ist es, wenn Träger öffentlicher Aufgaben beispielsweise stärker auf die Entsiegelung von Böden achten. Gleichzeitig arbeitet die Bundesregierung an einer vorsorgenden Anpassungsstrategie mit messbaren Zielen. Mehr dazu findet sich in der Titelgeschichte dieser Ausgabe.

Was uns als Demokrat*innen in diesem Sommer darüber hinaus besorgt, ist die in Umfragen erstarkte AfD. Sie geht mit populistischen Scheinlösungen auf Stimmenfang, statt ernsthafte Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu geben. Die rechtsextreme Partei schürt Ängste und nutzt Unsicherheiten der Menschen zu ihrem Vorteil. Wirtschaftspolitisch betreibt sie ein Deindustrialisierungsprogramm. Sie vergiftet also nicht nur das gesellschaftliche Klima, sondern schadet auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Dem müssen sich alle demokratischen Parteien ganz klar entgegenstellen. Wie wir mit dem neuen Demokratiefördergesetz die Zivilgesellschaft stärken wollen, steht ebenfalls in diesem Heft.

Die Ampelfraktionen haben gemeinsam in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode eine enorme Zahl herausfordernder Gesetze umgesetzt. Und diese Arbeitskoalition hat noch einiges vor. Wir Grüne gehen zuversichtlich und voller Elan in die nächste Runde!

Herzlich



Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende



Unsere natürliche Verbündete

*Wer das Klima retten will, muss
die Natur schützen*



Wer Klimaschutz hört, denkt an mehr erneuerbare Energien und weniger Emissionen. Richtig. Doch genauso wichtig ist es, unsere natürliche Umwelt so zu schützen und zu pflegen, dass sie unsere stärkste Partnerin beim Klimaschutz bleiben kann.

Vor 20 Jahren erlebte Europa einen heftigen Hitzeschock. Allein in Deutschland starben damals 9.500 Menschen. Auch 2023 klettern die Thermometer wieder auf Rekordtemperaturen – mit dramatischen Folgen für Gesundheit, Wasserversorgung und Ernten. Es wird immer deutlicher: Die Klimakrise ist längst Realität, auch hier bei uns. Zeitgleich schreiten der Verlust von Tier- und Pflanzenarten und die Zerstörung natürlicher Ökosysteme weltweit in rasantem Tempo voran.

Das bedroht nicht nur die eine oder andere lieb gewonnene Art, sondern auch uns Menschen existenziell. Wo kein Baum und kein Grashalm mehr stehen, wo unter unseren Füßen der Asphalt glüht, da trifft uns die Hitze besonders erbarmungslos. Ohne Insekten, die unsere Nutzpflanzen bestäuben, kann auf unseren Feldern vieles nicht mehr wachsen. Ohne gesunde Böden gibt es kein sauberes Wasser und keine produktive Landwirtschaft. Ohne artenreiche, stabile Wälder geht auch den Forstwirt*innen die Ernte aus. Ohne intakte Moore entweichen Tausende Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. Ohne grüne Schneisen in den Städten heizt sich unser Lebensraum extrem auf.

Der Naturschutz ist deshalb nicht das kleine Geschwisterchen des Klimaschutzes. Die Zwillingsskrisen gehören untrennbar zusammen und sie lassen sich nur gemeinsam lösen. Klimaschutz, vorsorgende Klimaanpassung und der Schutz der menschlichen Gesundheit greifen direkt ineinander. Eine gesunde Umwelt – mit einem ausgeglichenen Wasserhaushalt, mit intakten Wäldern, Mooren, Auen und viel Grün in der Stadt – ist dafür unsere natürliche Partnerin. Sie hilft uns, klimaschädliche Gase zu vermeiden, zu binden und im Boden zu halten. Damit ist die Natur unsere wichtigste Verbündete für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wer das Klima retten will, muss die Natur schützen und stärken.

DIE NATURSCHUTZOFFENSIVE

Bereits in den Koalitionsverhandlungen und in der bisherigen parlamentarischen Arbeit dieser Legislaturperiode haben wir Grüne im Bundestag einen Schwerpunkt darauf gelegt, unsere Natur wieder fit zu machen und damit auch den Klimaschutz zu stärken. Gemeinsam mit unserer Umweltministerin Steffi Lemke haben wir das größte Förderprogramm für Naturschutz und natürlichen Klimaschutz gestartet, das es in Deutschland je gegeben hat.

Insgesamt vier Milliarden Euro stehen über das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz zur Verfügung, um überall in Deutschland Ökosysteme zu erhalten, zu stärken und wiederherzustellen. Gerade wurden die ersten Förderrichtlinien scharf gestellt. Kommunen und Unternehmen können sich ab sofort mit ihren Projekten bewerben, um vor Ort Moore wieder zu vernässen, Auen zu renaturieren oder Städte zu begrünen. Mit dem Aktionsprogramm unterstützen wir auch Industrie und Landwirtschaft, ihre Produktions- und Arbeitsweisen für die Zukunft aufzustellen. Förderungsfähig werden beispielsweise neue Wertschöpfungsketten wie spezielle landwirtschaftliche Kulturen in wieder vernässen Mooren oder technische Ausrüstung für natur- und klimafreundliches Wirtschaften sein. Als Nächstes wollen wir entsprechende Projekte von Naturschutzverbänden fördern. Natürlicher Klimaschutz wird so als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verankert und umgesetzt.

Aber das ist erst der Anfang. Lebendige und gesunde Natur braucht Raum, um ihre ganze Kraft zu entfalten und sich besser an die Klimakrise anzupassen. Deshalb arbeitet unsere Umweltministerin Steffi Lemke gerade an einem Naturflächengesetz – ein wichtiger Schritt, Naturschutz von Grund auf neu zu denken. Damit schaffen wir endlich wirksame Instrumente, um Flächen für die Natur zu sichern – große, zusammenhängende Räume statt des derzeitigen Flickenteppichs. Auf diesen Flächen hat die Natur Vorrang. Das heißt nicht, dass sie von jeder anderen Nutzung ausgenommen sind. Aber hier muss besonders naturfreundlich gewirtschaftet werden. Wenn Natur beeinträchtigt wird, muss es dafür einen Ausgleich geben. Wer zum Beispiel Bäume für ein Stromnetz abholzt, muss anderswo neue pflanzen. Oft ist dieser Ausgleich bisher nicht systematisch erfolgt, Ersatzflächen waren schwer zu finden. Das soll sich jetzt durch neue Regeln und eine bessere Koordination ändern. Wenn alle mit-

ziehen, entsteht am Ende ein bundesweiter Biotopverbund. Das Naturflächengesetz wird auch dem bislang ungebremsten Flächenfraß entgegenwirken. Denn immer noch werden im Minutentakt große Flächen Naturlandschaft für immer zerstört. Rund 80 Fußballfelder verschwinden in Deutschland jeden Tag unter Beton und Asphalt. Allein für Straßen und Autobahnen kommen täglich drei Hektar Land buchstäblich unter die Räder. Über 80 Prozent der Lebensräume in der EU befinden sich in schlechtem Zustand. Aus all diesen Gründen erwarten wir von den Koalitionspartnerinnen, dass sie dieses wichtige Gesetz nicht blockieren, sondern tatkräftig unterstützen.

Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und dem Naturflächengesetz nehmen wir das große Ganze in den Blick. Dazu kommt ein ganzes Bündel an Strategien und Maßnahmen, um es mit den Herausforderungen der Klimakrise aufzunehmen.

SCHUTZ ALLEIN GENÜGT NICHT

Seit weit über 100 Jahren stellen wir Gebiete unter Naturschutz. Das dramatische Artenaussterben konnten wir dadurch aber nicht stoppen. In nie da gewesenem Tempo verschwinden derzeit überall auf der Welt Arten und Lebensräume. Selbst Allerweltsvögel wie der Sperling sind auf dem Rückzug, bestimmte Schmetterlinge und Wildbienen wird es in Deutschland bald gar nicht mehr geben. Die Natur wird stiller, leerer, eintöniger. Das ist nicht nur ein Verlust für Augen und Ohren. Es sollte uns wachrütteln, denn wir sind dabei, unsere natürliche Umwelt und damit unsere Lebensgrundlage unwiederbringlich zu verlieren.

Schutz allein reicht also nicht mehr. Wir müssen das wiederherstellen, was bereits zerstört wurde. Auch der Weltklimarat lässt keine Zweifel: Nur wenn wir 30 bis 50 Prozent unserer Ökosysteme wiederherstellen, können wir unsere Klimaziele erreichen. Denn nur gesunde Moore, Wälder und Auen können in großem Umfang klimaschädliches CO₂ speichern, statt zu emittieren. Daher wollen wir dem Naturschutz ein umfassendes, verbindliches Renaturierungsprogramm an die Seite stellen – gesetzlich abgesichert. Statt Reparaturarbeiten hier und da muss der Zustand der Natur grundlegend verbessert werden. Nur so können wir die Abwärtsspirale stoppen.

WASSER UND FEUCHTGEBIETE

Moore sind auf dem Festland die größten Kohlenstoffspeicher. Bei nur fünf Prozent Fläche speichern sie genauso viel CO₂ wie alle Wälder bundesweit. Doch nur in gutem Zustand entfalten Moore ihr Potenzial. Trocknen sie aus, werden sie selbst zu enormen Treibhausgasquellen und heizen die Klimakrise zusätzlich an. Mit der Nationalen Moorschutzstrategie und dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz werden wir deshalb unsere wichtigsten Kohlenstoffspeicher stärken und wiederherstellen. Eine Mammutaufgabe. Denn derzeit sind mehr als 92 Prozent der ehemaligen Moorflächen entwässert, vor allem zuguns-

ten der Land- und Forstwirtschaft. Aus diesen beschädigten Böden entweichen jährlich rund 50 Millionen Tonnen Treibhausgase. Sieben Prozent der deutschen Emissionen ließen sich mit gesunden Mooren vermeiden. Noch größeres Speicherpotenzial haben marine Ökosysteme wie Wattflächen oder Salzwiesen. In eine ähnliche Richtung zielt die Nationale Wasserstrategie. Damit auch in Zukunft ausreichend sauberes Wasser für Mensch und Natur zur Verfügung steht, wollen wir dafür sorgen, möglichst viel Niederschlagswasser in der Landschaft zu halten. Das ist der Kern der Nationalen Wasserstrategie, die die Bundesregierung im März dieses Jahres beschlossen hat.

Denn nicht nur Hitzewellen lassen uns die Klimakrise deutlich spüren. Auch Stürme, Dürren und Waldbrände, Starkregen und Überschwemmungen werden alltäglicher. Die Bilder der verheerenden Hochwasserkatastrophe im Ahrtal haben sich ins kollektive Gedächtnis unseres Landes eingebrannt. Die beste Vorsorge gegen solche Katastrophen sind Landschaften und Städte, die Wasser schnell aufnehmen und speichern können. Auch hier ist eine intakte Natur unsere Helferin: Frei fließende Bäche und Flüsse, funktionierende Moorböden und naturnahe Wälder sind die besten Wasserspeicher. Das schützt vor Sturzfluten und hilft in Dürrezeiten.

NATURVERTRÄGLICHE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Gerade Forst- und Landwirtschaft sind besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen – sei es durch massenhaftes Baumsterben, vertrocknete Ernten oder überschwemmte Felder. Gleichzeitig spielen sie eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz und profitieren von einer gesunden und klimaresilienten Umwelt. Intakte Ökosysteme verbessern die Bodenproduktivität, sichern Wasserversorgung und -qualität, wirken Dürren und Überschwemmungen entgegen. Kurzum: Nur eine nachhaltige und naturverträgliche Bewirtschaftung kann langfristig Existenzen sichern – auch für kommende Generationen. Wirtschaftliche Nutzung und Naturschutz sind deshalb kein Gegensatz. Für uns ist klar: Es geht nur miteinander, nicht gegeneinander. Landwirt*innen brauchen Angebote, wie sie in Zukunft ihre (wieder vernässte) Fläche bewirtschaften können. Landwirtin*innen müssen unterstützt und gefördert werden, wenn sie durch Agroforstsysteme mehr Biodiversität und Klimaschutz ermöglichen.

Mit dem Förderprogramm klimaangepasstes Waldmanagement unterstützen wir bereits jetzt Waldbesitzer*innen, ihre Wälder für die Zukunft zu rüsten und ökologisch umzubauen. Widerstandsfähige, stabile und gesündere Wälder sind das Ziel. Bis 2026 stehen dafür 900 Millionen Euro zur Verfügung. Als weitere Schritte sollen eine Pestizidreduktionsstrategie und eine Reform des deutschen Bodenschutzgesetzes den Weg zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft ebnen. Es geht darum, dass endlich weniger Schadstoffe auf unsere Felder und in unsere Lebens-



Jan-Niclas Gesenhues, Leiter der AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Christina-Johanne Schröder, Leiterin der AG Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen; Johannes Wagner, Mitglied im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Foto: St. Kaminski

mittel gelangen. Zugleich wollen wir unsere Böden stärken – den Humusaufbau sowie ihre Fähigkeit, Feuchtigkeit und Kohlenstoff zu speichern. Das kommt der Artenvielfalt, unseren natürlichen Lebensgrundlagen und damit unser aller Gesundheit zugute.

LEBEN MIT DEM KLIMAWANDEL

Die Natur kann uns im Kampf gegen die Klimakrise helfen, sie kann auch ihre Folgen deutlich abmildern. Studien schätzen die materiellen Schäden der Klimakrise in den kommenden Jahrzehnten allein in Deutschland auf bis zu 900 Milliarden Euro. Mit dem Sofortprogramm Klimaanpassung unterstützen wir schon seit 2022 Kommunen und soziale Einrichtungen dabei, sich auf die Auswirkungen der Klimakrise vorzubereiten. Mit dem geplanten Klimaanpassungsgesetz wollen wir bald alle Bereiche unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich für die neue Realität wappnen. In den Städten sind Menschen den Folgen der Klimakrise vermehrt ausgesetzt. Besonders betroffen von den hohen Temperaturen sind die Bewohner*innen benachteiligter Stadtviertel. Dort ist auch die Konzentration von Lärm und Luftverschmutzung am höchsten. Gleichzeitig mangelt es häufig an Grünflächen und Wasserquellen. Für die Schwächsten der Gesellschaft wie Kleinkinder, Ältere, Schwangere, chronisch Erkrankte und Obdachlose ist die Gefahr besonders hoch. Klimavorsorge bedeutet deshalb, in mehr städtisches Grün zu investieren, Fassaden und Dächer zu begrünen und Wasserflächen zu schaffen. So können wir unsere Straßen kühlen, die Luftqualität verbessern und Hitzeinseln vermeiden.

NICHT ALLEIN

Deutschland übernimmt Verantwortung und geht beim natürlichen Klimaschutz voran. Aber wir stehen nicht alleine da. Auch international wurde zuletzt ein wichtiger Schulterschluss geschafft. Die Vereinbarungen der Welt-naturkonferenz von Montreal im Dezember 2022 sind ein Meilenstein des Biodiversitätsschutzes. Bis zum Jahr 2030 sollen gemeinsam mit indigenen und lokalen Gemeinschaften mindestens 30 Prozent der Natur unter Schutz gestellt werden. Dieser Beschluss ist historisch und vergleichbar mit dem 1,5-Grad-Ziel. Mit dem Abkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Biodiversität auf hoher See von Anfang März ist ein weiterer Erfolg gelungen. Die Ozeane sind nun in Sachen Artenschutz kein rechtsfreier Raum mehr. Auch auf EU-Ebene konnten endlich die Weichen für mehr Klima- und Naturschutz gestellt werden. Das „Nature Restoration Law“ wurde trotz der schäbigen Blockadepolitik von Rechten und Konservativen im Europaparlament angenommen. Das Gesetz ist ein wichtiger Baustein, um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Selbst wenn reaktionäre Kräfte versuchen, diese historischen Fortschritte auszubremsen – wir erleben global gerade eine Aufbruchstimmung für den Naturschutz. Dieser müssen wir nun auch national gerecht werden, indem wir Klima- und Naturschutz gemeinsam vorantreiben. Wir brauchen einen Turbo für den Schutz der biologischen Vielfalt, genauso wie bei der Energiewende. Nur so können wir die Klimaziele erreichen.

• www.gruene-bundestag.de/naturschutz

STÄRKEN,

WAS UNSERE DEMOKRATIE STARK MACHT

VON SCHAHINA GAMBIR UND MARLENE SCHÖNBERGER

Rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zu lange wurden solche Taten als Einzelfälle wahrgenommen, ihre politische Dimension verkannt. Wir müssen den rechtsextremen und gewaltbereiten gesellschaftlichen Strömungen den Nährboden entziehen und die demokratischen Kräfte stärken. Das Demokratiefördergesetz schafft dafür wichtige Voraussetzungen.

Eine trans* Frau wird in Hannover von sechs Männern attackiert und bespuckt. Zwei Lehrer*innen, die rechtsextreme Vorfälle an ihrer Schule in Brandenburg gemeldet haben, müssen nach Anfeindungen die Schule verlassen. Eine 14-jährige Schülerin wird in Dresden zu Boden geschlagen, ihr Kopftuch heruntergerissen. Eine Moschee in Göttingen erhält einen mit „NSU 2.0“ unterschriebenen Drohbrief. Ein durch eine Kippa als jüdisch erkennbares Paar wird auf der Autobahn bis auf einen Parkplatz verfolgt, beleidigt und mit Gewalt bedroht.

Nachrichten über rechte, rassistische und antisemitische Gewalt und Hasskriminalität sind in Deutschland an der Tagesordnung. Übergriffe auf Rom*nja und Sinti*zze erscheinen dabei oft nicht einmal in der Berichterstattung. Für die Betroffenen aber gehören Gewalterfahrungen zum Alltag. Viele fühlen sich damit alleingelassen, vermissen Zivilcourage und Solidarität. Wo solche Vorfälle zur Normalität werden und Menschen um ihr Leben fürchten müssen, ist die plurale Gesellschaft in ihren Grundfesten bedroht. Dieser Entwicklung müssen wir uns entschieden entgegenstellen.



WIE WIR UNSERE DEMOKRATIE STÄRKEN

Viele Menschen in Deutschland engagieren sich bereits in unserer demokratischen Zivilgesellschaft. Tausende Vereine und Initiativen setzen sich für die Belange der Bürger*innen ein. Sie stellen sich demokratiefeindlichen Tendenzen entgegen, treten für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene, vielfältige Gesellschaft ein.

Als Koalition haben wir vereinbart, die Zivilgesellschaft in dieser wichtigen Rolle zu stärken. Zentraler Baustein hierbei ist das Demokratiefördergesetz. Mit diesem Gesetz schaffen wir erstmals einen klaren gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Stärkung der Demokratie. Dazu gehören politische Bildung und Präventionsarbeit, die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe. Das Gesetz wird die rechtlichen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement verbessern. Es sieht eine längerfristige und bedarfsorientiertere Förderung vor und wird damit die Planungssicherheit erhöhen. Engagierte Personen, Organisationen und Initiativen, die sich für unsere Demokratie, politische Bildung und Vielfalt starkmachen, erfahren so nachhaltige Unterstützung.



Das ist bitter nötig, denn unsere Demokratie steht von vielen Seiten unter Druck. Im In- und Ausland werden gezielt Krisen und Nöte genutzt, um demokratische Institutionen zu diskreditieren und Ängste zu schüren. Desinformationen und Verschwörungserzählungen werden in die Welt gesetzt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die Stärkung der Demokratie müssen daher Hand in Hand gehen. Unsere Demokratie muss jeden Tag neu mit Leben gefüllt werden und sie braucht Menschen, die demokratische Kultur vor Ort leben und erhalten.

GEWALT UND HETZE – EINE NEUE NORMALITÄT?

In den vergangenen Jahren haben die Angriffe auf unsere plurale Gesellschaft zugenommen. Zahlreiche Studien machen deutlich, dass es nicht um Einzelfälle geht. Das belegt zum Beispiel auch die Jahresstatistik des Bundesinnenministeriums zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Danach haben sich rassistisch motivierte Angriffe auf Kinder und Jugendliche von 2021 auf 2022 verdoppelt. Durchschnittlich sieben Übergriffe auf jüdische Menschen geschehen pro Tag, neun potenziell tödliche Anschläge auf jüdisches Leben ereigneten sich im Jahr 2022. Auch Medien sind betroffen. Reporter ohne Grenzen dokumentiert für 2022 ein Allzeithoch von Fällen physischer Gewalt gegen Journalist*innen in Deutschland. Bei all diesen Zahlen sehen wir jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Denn viele Taten werden nicht zur Anzeige gebracht, weil den Betroffenen das Vertrauen in staatliche Institutionen

fehlt. Die lange Zeit unentdeckten neonazistischen Netzwerke in Polizei und Bundeswehr, die häufigen Verfahrenseinstellungen durch Staatsanwaltschaften sowie mangelhaftes Wissen über Rassismus und Antisemitismus in Gerichtsurteilen haben dazu beigetragen.

Hier muss sich dringend etwas ändern. Unsere Sicherheitsbehörden, die Justiz und die Gesamtgesellschaft müssen ein stärkeres Bewusstsein für die vielen Gesichter des modernen Rechtsextremismus entwickeln. Denn wenn Ermittlungsbehörden und Gerichte die eigentlichen Motive rechtsextremer Gewalttaten nicht erkennen, führt dies zu einer Entpolitisierung dieser Taten. Die Betroffenen erfahren erneut Diskriminierung, wenn sie beispielsweise für Angriffe auf ihre Person mitverantwortlich gemacht werden.

Erlebte Gewalt – von verbalen Attacken bis zu tätlichen Angriffen – hat für die Betroffenen weitreichende Folgen: Sie werden dadurch abgewertet, ausgegrenzt und ausgeschlossen. Diskriminierung kann physisch und psychisch nachhaltig verletzen. Sie versucht, Menschen systematisch ihre persönliche Sicherheit und ihre Stimme zu nehmen, sodass sich Betroffene verängstigt aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Und wie die Attentate in Halle, München, Hanau und Kassel gezeigt haben, kann sie im schlimmsten Fall tödlich enden. Der Erfolg rechtsextremer Parteien verschärft diese Entwicklung. Viele Betroffene machen sich angesichts dieser Bedrohungslage Sorgen um ihre Zukunft, nicht wenige fragen sich, ob sie in Deutschland noch sicher sind.

KONTINUITÄTEN RECHTS- EXTREMER IDEOLOGIE UND GEWALT

Politisch motivierte Gewalt wird mitgetragen von menschenverachtenden Einstellungen, die oft bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind. Sowohl in Halle als auch in Hanau waren die Täter davon überzeugt, für eine schweigende Mehrheit zu handeln. Sie stehen damit in einer Kontinuität des rechtsextremen Terrorismus, der eine Spur antisemitischer und rassistischer Gewalt durch diese Gesellschaft zieht. In den letzten 30 Jahren hat sie mehrere Hundert Todesopfer gefordert.

In diesem Zeitraum haben sich extrem rechte Haltungen und Aussagen immer mehr normalisiert. Sie gehören verbreitet zum „guten Ton“ in selbst ernannten bürgerlichen Kreisen. Das Heraufbeschwören von „Kulturkämpfen“, die Übernahme rechter Narrative und populistischer Forderungen – all das gießt Öl ins Feuer rechtsextremer Politik und befördert ihren Erfolg. Deswegen darf sich der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nicht auf gewaltbereite Personen beschränken, sondern muss gesamtgesellschaftlich gedacht werden. Der gemeinsame Nenner rassistischer und antisemitischer Gewalttaten, von rechtsextremem Gedankengut in Parlamenten und auf der Straße sind Verschwörungsideologien. In jüngster Zeit haben besonders die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine Beispiele dafür geliefert. Wenn etwa propagiert wird, eine „kleine Elite“ steuere hinter den Kulissen das Weltgeschehen, steckt darin ein zutiefst antisemitischer Kern. Immer wieder taucht auch die Erzählung des „great replacement“ auf, also des angeblich gesteuerten Austauschs der „Völker“ Europas, die rassistische Narrative und Bedrohungsszenarien aufgreift. Die Anschläge von Halle und Hanau sind auch Resultat solcher Verschwörungsideologien. Die politische Dimension dieser Taten wird aber in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung viel zu oft ausgeblendet, Konsequenzen bleiben aus.

DEMOKRATIE ERFORDERT TATEN

Die pluralistische Demokratie basiert auf dem erklärten Grundkonsens, dass die Würde eines jeden Menschen unantastbar ist. Ideologien der Ungleichwertigkeit gefährden das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen. Doch Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss ständig verteidigt, gestärkt und gelebt werden. Und zwar nicht nur bei Wahlen und im Parlament, sondern auch im Alltag. Demokratie bedeutet, dass sich Menschen in Vereinen und Initiativen einbringen, sich für eine vielfältige Gesellschaft starkmachen. Kurz: Demokratie muss erlebbar sein. Es ist wichtig, dass

sich unsere gesellschaftliche Vielfalt in angemessener Teilhabe und Partizipation widerspiegelt. Dazu gehört ein leichter Zugang zu Vereinen, Parteien oder Organisationen. Eine Öffnung unserer gesellschaftlichen Strukturen für mehr Vielfalt ist eine Grundvoraussetzung für politische und soziale Mitgestaltung.

Eine lebendige, starke Zivilgesellschaft hat in der Demokratie eine zentrale Rolle. Sie schafft Repräsentation, indem sie Ideen und Interessen der in ihr organisierten Menschen an die Politik weitergibt. Zum Beispiel, wenn sich (post-)migrantische und jüdische Selbstorganisationen dafür einsetzen, dass ihre Perspektiven in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Sie leistet explizit demokratische Bildung, wichtige Präventionsarbeit und wirkt als Bollwerk gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie stützt die Demokratie auf vielfältige Weise und übernimmt damit eine Funktion, die der Staat allein nicht leisten kann. Zivilgesellschaft wirkt! Und deshalb wollen wir stärken, was unsere Demokratie stark macht.

• www.gruene-bundestag.de/demokratie

„DEMOKRATIE LEBEN!“

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie. Es schafft nachhaltige Strukturen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene. Geförderte Projekte leisten politische Bildung und schärfen das Bewusstsein für demokratische Rechte. Zentrale Vorhaben des Programms sind die Vielfaltsgestaltung und das Vorgehen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Insbesondere junge Menschen werden darin bestärkt, ihre demokratischen Teilhaberechte zu nutzen. „Demokratie leben!“ wirkt lokal: Über das Bundesprogramm werden auf kommunaler Ebene über 330 Partnerschaften für Demokratie unterstützt. Zudem bündeln die Landesdemokratiezentren im jeweiligen Bundesland die Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt. Sie vernetzen relevante Akteur*innen und koordinieren die verschiedenen Angebote der mobilen Beratung, der Opferberatung sowie der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung vor Ort. Die Kompetenzzentren und -netzwerke führen die fachliche Expertise aus allen Themenfeldern des Bundesprogramms zusammen und entwickeln sie weiter. Sie organisieren Fachveranstaltungen, Qualifizierungsmaßnahmen und treiben die Entwicklung fachlicher Standards voran.



SCHAHINA GAMBIR
Mitglied im Familienausschuss



MARLENE SCHÖNBERGER
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

UNGERECHT geht gar nicht

TEXT: GISELA HÜBER, FOTO: STEFAN KAMINSKI

*„Mit(t)einander“ – unter diesem Motto stehen den Bürger*innen die Türen ihrer Kiezbüros in Berlin-Mitte und Moabit offen. Gemeinsam Lösungen finden für mehr bezahlbaren Wohnraum, gegen Kinderarmut, für grünere Städte will Hanna Steinmüller auch im Bundestag.*

30 Jahre alt und als erste grüne Bundestagskandidatin den Wahlkreis Berlin-Mitte gewonnen. Wie sie das gemacht hat? Hanna Steinmüller schaut kurz gen Himmel: „So genau kann man das ja immer nicht sagen.“ Die Freude darüber macht sie fast ein wenig verlegen. „In Berlin ist es etwas anders als in ländlichen Regionen. Politik hat nicht so einen Eventcharakter, weil die Leute alles vor der Haustür haben. Wenn es heißt: Kommen Sie doch zu der Abgeordneten, wir berichten aus dem Bundestag, strömen einem nicht die Massen zu. Man muss schon zu den Menschen hingehen – und das habe ich gemacht.“

Natürlich kommt ihr die große Zustimmung für die Grünen in ihrem Wahlkreis zugute, das weiß sie. Es gibt ein ausgeprägt grünes Milieu, es ist sehr international, ungefähr 190 Nationalitäten leben hier. Klimaschutz, der Kampf gegen Diskriminierung und für gleichberechtigte Teilhabe bewegen die Menschen. „Ich habe im Wahlkampf viel zum Thema Kinderarmut gemacht. In Berlin-Mitte wächst jedes dritte Kind in Armut auf. Bei mir im Ortsteil Gesundbrunnen betrifft es im Schnitt sogar jedes zweite Kind.“

Das Problem der Kinderarmut begegnet Hanna Steinmüller mit Wucht schon in ihrem freiwilligen sozialen Jahr. Aus dem behüteten Elternhaus in Hannover geht sie in eine Förderungseinrichtung für benachteiligte junge Menschen nach Berlin-Marzahn. Das Thema und die Stadt lassen sie seither nicht mehr los. „Es ist einfach total ungerecht, denn niemand kann sich aussuchen, in welche Familie man geboren wird. Aber es prägt einen für den Rest des Lebens. In Berlin ist das schon lange so offensichtlich und da muss etwas passieren.“ Sie beschließt, Sozialwissenschaften zu studieren, und beginnt, sich politisch zu engagieren. 2015 tritt sie den Grünen bei, übernimmt Verantwortung in verschiedenen Ämtern und in der Kommunalpolitik. Dann sieht sie die Chance, selbst im Bundestag an den großen Stellschrauben zu drehen – und das tut sie.

Ihr Schwerpunkt liegt auf der Wohnungspolitik. Mehr bezahlbare Wohnungen schaffen, aber im Sinne des Flächen- und Klimaschutzes nicht mehr Flächen verbrauchen, lautet die Herausfor-

derung. Sie setzt sich vor allem für eine Wiederbelebung der Wohngemeinnützigkeit ein. Investoren sollen damit die Möglichkeit haben, steuerbefreit, aber nicht renditeorientiert sozialen Wohnraum zu schaffen. In ihrem Studium verbrachte sie ein Auslandssemester in Wien. Die Großstadt mit ihrem hohen Anteil an Sozialwohnungen in öffentlicher Hand gilt ihr als Vorbild. Das Gebäudeenergiegesetz hat sie mitverhandelt, ihr war es wichtig, Mieter*innen finanziell nicht zu stark zu belasten. Dass in der Koalition zäh um das Gesetz gerungen wurde, gehört für sie dazu. Auch die andere Seite muss gehört werden, steht als Inschrift im Friedenssaal ihrer Geburtsstadt Münster. Daran hält sie sich.

Die Eltern sind studierte Theolog*innen und „klassisch ökologisch“ orientiert. Gesellschaftliche Verantwortung, einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen: Das bringt ihr die Oma bei. Allerdings ist die aktives CDU-Mitglied – für Hanna keine Option. In ihrer Schulzeit in Hannover bietet Hanna Steinmüller bereits konsumkritische Stadtführungen an. Nachhaltigkeit praktizieren und Spaß dabei haben – so organisierte sie Kleidertauschpartys oder Backevents. „Ostern haben wir übrig gebliebene Schokoladenhasen zu Muffins verarbeitet und verkauft. Da hat man mal einen schnellen Erfolg“, sagt sie lachend.

Hanna Steinmüller liebt Wasser, fährt gern Kanu. In Berlin ist sie da gerade richtig. „Viele meinen ja, Berlin-Mitte sei total zugebaut, aber hier gibt es viele grüne Parks und kleine Seen zu entdecken.“ Sie lässt gerne am Nordhafen ihre Füße im Wasser baumeln, solche Auszeiten sind ihr wichtig. Auch eine regelmäßige christliche Meditationsrunde, die ihr Orientierung und Ruhe gibt. Als bekennende Feministin zugleich auf Distanz zur katholischen Amtskirche, fühlt sie sich den Jesuiten in der Tradition von Ignatius von Loyola nahe. In Berlin kümmern sich die Ordensleute zum Beispiel um Geflüchtete in Abschiebehaft, das beeindruckt sie.

Gerade war sie mit ihrem Freund im Sommerurlaub zum Kanufahren in Masuren. Einen Abstecher nach Warschau nutzte sie für einen Museumsbesuch. Die Bilder des Aufstands im Warschauer Ghetto gehen ihr noch nach, sind für sie Mahnung, rechte Strömungen wie die AfD zurückzudrängen. Hanna Steinmüllers Oma hat offenbar gute Arbeit geleistet. Wie sie pflegt auch die Enkelin die soziale Verantwortung und den eigenen Garten, wenn auch nur im Miniaturformat mit Tomaten auf ihrem Balkon.





Entwicklungsfinanzierung: **NACHHALTIG UND GERECHT**

VON DEBORAH DÜRING UND FELIX BANASZAK

THE WORLD BANK GROUP

Langfristige Entwicklungszusammenarbeit sowie strukturelle Reformen der internationalen Finanzwelt sind die Schlüssel für eine gerechtere Welt. Globale Ungleichheiten müssen anerkannt und alte Strukturen aufgebrochen werden.

Krisen prägen unsere Gegenwart: Klimakatastrophe, bewaffnete Konflikte und Kriege, Pandemien, Überschuldung der Staatshaushalte, Hunger und Armut. Große Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten verstärken die Krisen zusätzlich und verlangen nach globalen Lösungen sowie einer gerechteren Ressourcenverteilung. Eine nachhaltige Finanzierung der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit (EZ) kann und muss einen entscheidenden Beitrag leisten. Es ist unsere Verantwortung, historische Ungleichheiten zu erkennen und zu bekämpfen. Mit der sogenannten Entwicklungspolitik können wir einen Teil der Grundlagen für langfristigen Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise schaffen. Dazu müssen wir mit einer dekolonialen und feministischen Perspektive die Entwicklungsfinanzierung verlässlich und ausreichend ausstatten – auch als Investition in die Stabilität und Sicherheit unserer Welt.

WER LEISTET WELCHEN BEITRAG?

Einen Teil der Finanzierung können Staaten des globalen Südens selbst abdecken durch eigene Steuereinnahmen oder die Aufnahme von Krediten bei Entwicklungsbanken, wie der Weltbank oder an internationalen Finanzmärkten. Weitere Finanzmittel stellen Staaten und Organisationen, insbesondere des globalen Nordens, im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zur Verfügung – aus Solidarität und als Teil ihrer Verantwortung in einer Weltordnung, in der sie besonders von den herrschenden, ausbeuterischen und ungleichen wirtschaftlichen Machtstrukturen profitieren. Deutschland als ehemalige Kolonialmacht und führende Wirtschafts- und Exportnation muss einen wesentlichen Beitrag leisten. Wie in vielen Ländern stehen die öffentlichen Haushalte auch in Deutschland unter Druck. Dies droht zulasten der Entwicklungsfinanzierung zu gehen. Die Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und EZ sollen laut Koalitionsvertrag in gleichem Maße steigen wie für die Verteidigung. Leider entfernt sich die Bundesregierung mit ihrem beschlossenen Haushaltsentwurf weiter von diesem Ziel.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Eine unverzichtbare Rolle in der EZ spielen NGOs. Für eine nachhaltige und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit ihren Partner*innen des globalen Südens sind sie auf eine verlässliche finanzielle Ausstattung angewiesen. Deshalb setzen wir uns für langfristige Zusagen aus den öffentlichen Haushalten ein. Sie sind Voraussetzung für ein kontinuierliches Arbeiten der NGOs, den Aufbau notwendiger Kapazitäten und führen damit zu resilienteren Gemeinschaften. Die Unterstützung von kleineren und lokalen Organisatio-

nen insbesondere aus und in Ländern des globalen Südens bedarf einer Anpassung der Förderrichtlinien.

Schuldenmechanismus Das globale Finanz- und Wirtschaftssystem muss grundlegend reformiert werden. Denn es ist heute noch von kolonialen Verhältnissen geprägt. Dazu gehört ein effektiver Mechanismus zur Bekämpfung von Überschuldungskrisen. Es muss ermöglicht werden, Staaten, die in finanzielle Notlage geraten sind, Schulden zu erlassen. Auch braucht es Regeln, die eine erneute Überschuldung verhindern. Dieser Mechanismus für insolvente Staaten sollte öffentliche wie private Gläubiger dazu verpflichten, sich an Schuldenerlassen zu beteiligen. Derzeit geht das nicht. Private Gläubiger können die volle Rückzahlung ihrer Forderungen vor Gericht erzwingen, selbst wenn öffentliche Kreditgeber darauf verzichtet haben.

Weltbank Die Reform der Weltbank soll dazu beitragen, die Lücke in der Entwicklungsfinanzierung zu schließen. Sie soll dazu befähigt werden, Geld für den Schutz globaler öffentlicher Güter bereitzustellen, beispielsweise für den Schutz des Klimas und der Biodiversität oder zur Pandemievorsorge. Wichtig ist, dass die Handlungen der Bank von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit bestimmt werden – nicht allein vom Wirtschaftswachstum. Auch hat sie Defizite bei der Beachtung geltender Regeln, die beseitigt werden müssen (Compliance).

Internationales Steuersystem Mit einer Reform des internationalen Steuersystems können Steuereinnahmen gerechter verteilt werden. Unternehmen zahlen vor allem an ihrem Unternehmenssitz Steuern statt dort, wo sie tätig sind. Steuerflucht kostet die öffentlichen Kassen zudem jährlich Milliarden – Geld, das vor allem die Staaten des globalen Südens dringend benötigen. Wir brauchen nicht nur mehr Transparenz und Informationsaustausch zwischen den Behörden weltweit, sondern müssen uns auf internationaler Ebene, wie bei den Verhandlungen zur UN-Steuerkonvention, für ein verbindliches, inklusives und global gerechtes Steuersystem einsetzen.

Für uns ist klar: Langfristige Sicherheit braucht langfristige Entwicklungszusammenarbeit sowie strukturelle Reformen der internationalen Finanzwelt. Die Anerkennung globaler Ungleichheiten und das Aufbrechen dieser Strukturen sind die Grundlagen für eine gerechtere Welt.

www.gruene-bundestag.de/entwicklungszusammenarbeit



DEBORAH DÜRING
Leiterin der AG Wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



FELIX BANASZAK
Mitglied im Wirtschaftsausschuss

BRUNO HÖNEL
Mitglied im Finanzausschuss

KONSTANTIN VON NOTZ
Stv. Fraktionsvorsitzender

Im Gespräch

Da schau wer

Auf ein Mitglied des Deutschen Bundestags kommen etwa 44 Lobbyist*innen, die Interessen gegenüber den Abgeordneten und Bundesministerien vertreten. Nachzulesen ist das im ersten deutschen Lobbyregister, das seit Januar 2022 besteht. Doch dessen Aussagekraft ist ansonsten oft begrenzt: Das Register hat Lücken, die mit einer Gesetzesnovelle nun ausgebessert werden sollen. Wie? Das erklären Konstantin von Notz und Bruno Hönel.

profil:GRÜN: Das Lobbyregister ist eine urgrüne Forderung: Könnt ihr uns kurz dessen Geschichte vorstellen?

Konstantin: Wir Grüne im Bundestag haben frühzeitig erkannt, dass verdeckte Einflussnahme auf politische Entscheidungen dem Vertrauen in die Demokratie schadet und maßgeblich zur Politikverdrossenheit beiträgt. Wenn bestimmte Interessengruppen über mehr Ressourcen und Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen verfügen als andere, kann dies den politischen Prozess verzerren und demokratische Prinzipien untergraben. Wir haben deshalb bereits 2010 einen Antrag zur Einführung eines Lobbyregisters in den Bundestag eingebracht – und lange gegen vehementen Widerstand dafür gekämpft. Erst der politische Druck im Zusammenhang mit der Maskenaffäre der Union machte das Register dann möglich.

Warum musste es jetzt so schnell überarbeitet werden?

Bruno: Das von der Großen Koalition in der letzten Wahlperiode beschlossene, aktuell gültige Lobbyregister hat Konstruktionsfehler und Lücken. So ist die Aussagekraft der Einträge beispielsweise häufig unzureichend, weil Lobbyist*innen die Angabe verweigern dürfen, wie und von wem sie finanziert werden. Dadurch ist unklar, wessen Interessen sie eigentlich vertreten. Wer im Auftrag Dritter lobbyiert, muss zudem nur seinen jeweils unmittelbaren Auftraggeber im Register angeben. Bei Kettenbeauftragung bleibt der wahre Auftraggeber auf diese Weise verschleiert. Durch eine umfassende Gesetzesreform schließen wir nun diese Lücken. Wir schaffen ein Lobbyregister, das zum internationalen Spitzenfeld gehört.

Was ist euch dabei am wichtigsten?

Konstantin: Gute Politik braucht den lebendigen Dialog zwischen Politiker*innen und den vielen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen und Perspektiven. Die Politik trägt aber gleichzeitig Verantwortung für einen fairen Interessenausgleich und muss in dem Prozess größtmögliche Transparenz herstellen, um eine verdeckte Einflussnahme zu erschweren. Unser Anspruch an ein aussagekräftiges Lobbyregister ist: Es muss öffentlich zugänglich und für jedermann möglich sein, zu erkennen, wer bei wem in wessen Auftrag Einfluss nimmt und auf welches Thema die Interessenvertretung abzielt. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, diese Einflussnahme nachvollziehen zu können! Dem werden wir mit unseren Vorschlägen nun endlich gerecht. Zudem ist uns wichtig, faire und allgemeingültige Regeln zu schaffen. So setzen wir uns dafür ein, dass die finanziellen Strukturen der Interessenvertretung sichtbar werden, ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand für kleinere spendenfinanzierte Organisationen und Unternehmen zu erzeugen.

Bruno: Mit dieser Novelle stärken wir die Qualität und Aussagekraft des Registers. Wir schließen nicht nur die Lücken bei den Angaben zu finanziellen Aufwendungen und machen klar, wer wen finanziert. Wir führen auch Regeln

zum „Drehtüreffekt“ ein, machen also den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft endlich sichtbar und nachvollziehbar. Auch sorgen wir dafür, dass sich niemand hinter intransparenten Kettenbeauftragungen verstecken kann. Künftig müssen Lobbyist*innen angeben, auf welche Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben sich die Interessenvertretung bezieht, und zu diesen Vorhaben wesentliche Stellungnahmen und Gutachten im Register hochladen.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie die Kirchen bleiben aber vom Register befreit.

Bruno: Das stimmt. Wir sind weiterhin der Meinung, dass das Register möglichst vollständig sein soll. Auch vonseiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wird gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag Interessenvertretung betrieben. Allerdings sind die Religionsfreiheit auf der einen und die Koalitionsfreiheit auf der anderen Seite grundrechtlich geschützt. Deshalb ist eine gesetzliche Eintragungspflicht bei diesen Gruppen mit starken verfassungsrechtlichen Bedenken verbunden. Viele Arbeitgeberverbände sowie Gewerkschaften haben sich allerdings bereits im EU-Transparenzregister freiwillig registriert. Dazu rufen wir alle von der Eintragungspflicht ausgenommenen Vereinigungen auch auf Bundesebene auf.

Im Koalitionsvertrag steht, wir wollen Lobbying in Ministerien bis zur Referentenebene verfolgen. Im Gesetz ist es jetzt nur die Referatsleiterebene. Warum?

Konstantin: Die Referentenebene in Ministerien einzubeziehen, wäre aus unserer Sicht sinnvoll. Auch, weil die Kontaktaufnahme auf dieser Ebene im Bundestag vom Gesetz erfasst ist. Dafür konnten wir innerhalb der Koalition jedoch keine Mehrheit finden. Allerdings wird mit der Einbeziehung der Referatsleitung die zentrale Schnittstelle für die Kontaktaufnahme erfasst. Interessenvertreter*innen wenden sich in Ministerien in der Regel dorthin oder an das jeweilige Funktionspostfach. In der Gesetzesbegründung haben wir deswegen die Kontaktaufnahme ohne konkrete Angabe eines Adressaten – zum Beispiel das Übersenden einer Stellungnahme an ein Funktionspostfach ohne namentliche Anrede der Referatsleitung – explizit erwähnt, um ein eventuelles Schlupfloch zu vermeiden.

*Ebenfalls im Koalitionsvertrag ist eine Lobby-Fußspur in Gesetzen vorgesehen, also wo Lobbyist*innen konkret „mitgeschrieben“ haben. Wird es dazu noch eine Initiative geben?*

Bruno: Ja. Die Bundesregierung arbeitet an Regelungen zur Einführung des „exekutiven Fußabdrucks“ in ihre Geschäftsordnung. Diese sollen etwa zeitgleich mit dem neuen Lobbyregister in Kraft treten. Danach soll auch der Bundestag seine Geschäftsordnung entsprechend anpassen.

Wir danken euch für das Gespräch.

• www.gruene-bundestag.de/lobbyregister

FACHBEREICHEN

Foto: Picture Alliance



Fachbereich

1 WIRTSCHAFT & SOZIALES

Finanzen: **INVESTITIONEN IN DEN KLIMASCHUTZ**

Auch „die Lenkung von Finanzmitteln“ gehört zu den drei Hauptzielen des Pariser Klimaabkommens. Viel mehr Geld muss in den klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft fließen – die EU geht von zusätzlich über 600 Milliarden Euro pro Jahr aus. Und Investitionen in fossile Energie müssen schnell unattraktiv und abgebaut werden. Unter dem Stichwort „Sustainable Finance“ wird deshalb mehr und mehr Realität, was lange unvorstellbar war: Die Finanzmärkte bekommen Regeln, damit mehr Geld in nachhaltige Projekte fließen kann. Doch diese Regeln müssen gut sein – und da kommt es auf die Details an.

Aktuelles Beispiel: Nachhaltigkeitsberichterstattung. Ursprünglich sollten alle großen Unternehmen künftig automatisch über ihre Klimawirkung berichten, etwa ihre CO₂-Emissionen. Das würde Klarheit schaffen für die Investoren und für die Gesellschaft, wie weit wir auf dem Pfad zu den Klimazielen sind. Nun möchte die EU-Kommission Unternehmen leider ermöglichen, eine Analyse zu machen, ob für sie das Thema überhaupt wesentlich genug ist, um darüber zu berichten. Dabei ist klar, dass Klimaschutz für alle Wirtschaftsbereiche relevant ist und schnellstmöglich die Daten zum CO₂-Ausstoß verfügbar sein müssen, damit die Finanzmärkte sich tatsächlich zukunftsfähiger ausrichten können.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, Deutschland zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzen zu machen. Gerade für ein Industrieland wie Deutschland birgt die sozial-ökologische Transformation riesige Geschäftschancen. Denn Milliardeninvestitionen bedeuten auch: umfassende zukünftige Erträge. Diese Investitionen nun durch gute Regeln zu erleichtern, ermöglicht klimaneutralen Wohlstand für alle.

Im September startet die AG Finanzen der grünen Bundestagsfraktion gemeinsam mit der AG Globale Entwicklung dazu eine Fachgesprächsreihe. Unter dem Motto „Shifting Finance – Kapital für die sozial-ökologische Transformation“ werden wir mit Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Bedeutung nachhaltiger Finanzmärkte sichtbar machen und die richtigen Weichenstellungen diskutieren.

- www.gruene-bundestag.de/finanzen

Fachbereich

2 ÖKOLOGIE

Energie

LNG-GESETZ SICHERT VERSORGUNG

Die Ampelkoalition hat im vergangenen Jahr schnell auf den Wegfall der russischen Gaslieferungen reagiert. Unter anderem ermöglichte sie mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz neue Lieferwege für Flüssiggas nach Deutschland. Dieses Gesetz haben wir nun angepasst, um zum einen kurzfristig ein temporäres LNG-Terminal in Mukran auf

Rügen zu errichten. Damit sichern wir insbesondere die Gasversorgung der Bürger*innen und der Industrie in Ostdeutschland und Osteuropa. Zum anderen sorgen wir mit der Novelle für eine klimaneutrale Zukunft vor. Denn die festen LNG-Terminals müssen „green-ready“ gebaut werden. Das bedeutet, dass wir bereits jetzt Standards für den Bau festlegen, sodass die Terminals später einfach für grüne Gase umrüstbar sind.

- www.gruene-bundestag.de/lng-gesetz

Mobilität: **TURBO FÜR MEHR LADEINFRASTRUKTUR**

Die Anschaffung eines emissionsfreien E-Fahrzeugs ist nur dann attraktiv, wenn es bereits eine breit verfügbare Ladeinfrastruktur gibt. Diese muss daher im Voraus aufgebaut werden. Das muss der Staat fördern und steuern. Der „Masterplan Ladeinfrastruktur II“ der Ampelkoalition vom Oktober 2022 bietet dafür die Grundlage. Der Plan erleichtert beispielsweise die Errichtung von E-Ladesäulen in Quartieren, an Tankstellen und auf Firmenparkplätzen oder verbessert die Nutzung des selbst erzeugten Stroms zu Hause. Auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur und des Stromnetzes soll er besser koordinieren. Die Ampelregierung unterstützt zudem die Kommunen als Schlüsselakteurinnen mit einem umfassenden Paket an Maßnahmen zur Planung, Umsetzung und Standardisierung. Damit der Masterplan nun noch schneller in Fahrt kommt, haben die Ampelparteien im März 2023 im Koalitionsausschuss das Ziel bekräftigt, die Elektromobilität massentauglich zu machen, und kurzfristige Maßnahmen zur Verstärkung des Ladesäulenaufbaus getroffen. So werden mit der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes Verteilnetzbetreiber gesetzlich verpflichtet, ihre Netze vorausschauend bis 2030 für 15 Millionen E-Fahrzeuge fit zu machen. Darüber hinaus sollen Tankstellenbetreiber*innen bis 2028 mindestens einen Schnellladepunkt an ihrer Tankstelle errichten. Jetzt ist das Verkehrsministerium am Zug.

- www.gruene-bundestag.de/ladeinfrastruktur

Fachbereich

3 DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT



Foto: Picture Alliance

Rechtspolitik: **HINWEISGEBERSCHUTZ PER GESETZ**

Ob Finanzdelikte, Verstöße beim Tierschutz oder verfassungsfeindliche Äußerungen von Beamt*innen: Missstände würden oft nicht publik, wenn es nicht mutige Menschen („Whistleblower*innen“) im Unternehmen oder der Behörde gäbe, die darauf aufmerksam machen. Nach jahrelanger Blockade durch die Union wird es in Deutschland nun einen wirksamen gesetzlichen Schutz für diese Menschen geben. Das Hinweisgeberschutzgesetz stärkt uns als Rechtsstaat und Gesellschaft. Wir haben es nach intensiven Verhandlungen mit dem Bundesrat im Mai 2023 im Bundestag verabschiedet.

- www.gruene-bundestag.de/whistleblower

Verbraucherschutz: **GEMEINSAM RECHT BEKOMMEN**

„David gegen Goliath“ ist im Alltag vieler Verbraucher*innen leider immer noch Realität. Einbehaltene Bankgebühren, die erstattet werden müssten, zu viel verlangte Energiekosten, ausbleibende oder zu geringe Entschädigung für verspätete oder ausgefallene Flüge – die Liste der Fälle, bei denen sich Unternehmen gegenüber ihren Kund*innen nicht an das Recht halten, ist leider lang. Doch Betroffene können sich nun besser wehren. Denn mit der neuen Verbandsklage haben wir Grüne im Bundestag als Teil der Ampelkoalition ein wirksames Instrument beschlossen, mit dem Verbraucher*innen gemeinsam und direkt gegen Rechtsverstöße vorgehen können.

- www.gruene-bundestag.de/verbandsklage

Rechtspolitik: **SANKTIONENRECHT MODERNISIERT**

Wir wollen mehr Sicherheit für alle. Als Teil eines Pakets zur Reform des Sanktionsrechts haben wir die Regelung zur Strafzumessung bei Hasskriminalität so ergänzt, dass auch „geschlechtsspezifische“ und „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Tatmotive mitzuberücksichtigen sind. Diese Regelung gilt bereits für rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Motive. Mit im Paket waren zudem Verbesserungen bei Prävention und Resozialisierungsmöglichkeiten im Strafrecht. So haben wir die Regeln zur sogenannten Ersatzfreiheitsstrafe überarbeitet. Damit gehen wir die Benachteiligungen von Menschen mit geringem oder keinem Einkommen an, die armutsbedingt oft schon bei geringen Geldstrafen eine Freiheitsstrafe verbüßen mussten. Weitere Reformen im Strafrecht sollen folgen.

- www.gruene-bundestag.de/sanktionen

Fachbereich

4

INTERNATIONALE POLITIK & MENSCHENRECHTE

Foto: Photothek



Menschenrechte: **25 JAHRE ROM-STATUT**

Das Römische Statut, oder kurz: Rom-Statut, vom 17. Juli 1998 wurde als Reaktion auf die schrecklichen Verbrechen des 20. Jahrhunderts ins Leben gerufen. Es bildet die Grundlage dafür, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag eingerichtet wurde.

Nachdem 60 Staaten das Rom-Statut ratifiziert hatten, konnte der Gerichtshof im Jahr 2002 seine Arbeit aufnehmen. Er gilt heute als anerkannte Instanz der internationalen Ordnung und ahndet Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Aktuell ermittelt der IStGH in der Ukraine, in Myanmar, in der Demokratischen Republik Kongo und in 14 weiteren Untersuchungsräumen.

Mitte Juli feierten die Vereinten Nationen das 25-jährige Bestehen des Rom-Statuts. Boris Mijatovic, Sprecher für Menschenrechtspolitik der grünen Bundestagsfraktion, begleitete Bundesaußenministerin Annalena Baerbock zum Festakt nach New York.

Mit der Reise setzte die Außenministerin erneut ein wichtiges Zeichen für das Völkerstrafrecht. Zur Feierstunde bekräftigten die teilnehmenden Staaten ihre Verbundenheit mit der gemeinsamen Rechtsordnung – für Menschlichkeit und gegen die Anwendung von Gewalt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde nochmals scharf verurteilt. Doch die Ahndung des Verbrechens der Aggression durch den IStGH muss von der Staatengemeinschaft noch zusätzlich anerkannt werden. Außenministerin Annalena Baerbock hat dazu eine Reform des Statuts vorgeschlagen und um Unterstützung für das Vorhaben geworben.

- www.gruene-bundestag.de/menschenrechte

Europa: **NORDMAZEDONIEN IN DIE EU**

Bereits seit 2005 hat Nordmazedonien den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Nach der Einigung über den Landesnamen mit Griechenland 2018 wurden im vergangenen Jahr endlich die EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet. Aber der Konflikt mit Bulgarien um die mazedonische Kultur bremst den Prozess. Mit unserem Antrag „Nordmazedonien auf seinem Weg in die EU aktiv unterstützen“ befürworten wir den Beitrittsprozess und ermutigen die demokratischen Parteien Nordmazedoniens, jetzt die letzte Hürde für die konkrete Eröffnung erster Verhandlungskapitel mit der Europäischen Union zu nehmen.

- www.gruene-bundestag.de/nordmazedonien

Foto: Picture Alliance



Gesundheit: **KRANKENHAUSREFORM NIMMT ERSTE HÜRDE**

Bund und Länder haben sich auf Eckpunkte für eine Krankenhausreform geeinigt. Diese bilden die Grundlage für einen Gesetzentwurf, der im Herbst im Bundestag diskutiert werden wird. Die Reform hat drei Ziele: Erstens sollen ökonomische Fehlanreize beseitigt werden. Diese haben Krankenhäuser bislang dazu gezwungen, zulasten vor allem des Personals immer mehr Leistungen zu erbringen. Zweitens soll die Qualität der Versorgung verbessert werden. Die Patient*innen sollen darauf vertrauen können, zur richtigen Zeit im richtigen Krankenhaus behandelt zu werden. Und drittens soll die Versorgung ländlicher und strukturschwacher Räume verbessert werden. Dazu werden kleine ländliche Häuser zu ambulant-stationären Versorgungszentren aufgewertet.

Kern der Reform ist ein sogenanntes Vorhaltebudget, das die bisherigen fallabhängigen Pauschalen zu großen Teilen ersetzt. Es sichert den Krankenhäusern damit eine verlässlichere Finanzierung. Gleichzeitig stellen Bund und Länder durch sogenannte Leistungsgruppen sicher, dass Krankenhäuser nur die Leistungen erbringen können, für die sie über die erforderliche Ausstattung und das nötige Personal verfügen.

- www.gruene-bundestag.de/krankenhausreform

Drogenpolitik: **CANNABISREFORM AUF DEM WEG**

Im Herbst wird der Bundestag über die erste Säule der Cannabisreform beraten. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im Sommer innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Ziel der Reform ist es, den Jugendschutz zu stärken, die Gesundheit der Konsument*innen besser zu schützen und den Schwarzmarkt schrittweise einzudämmen.

Dazu setzt die Reform auf zwei Säulen: In der ersten Säule werden Besitz und Anbau von Cannabis für den persönlichen Bedarf legal. Der Anbau kann privat oder in dafür vorgesehenen Clubs erfolgen. In einer späteren, zweiten Säule soll auch die Abgabe von Cannabis an Erwachsene in lizenzierten Fachgeschäften in Modellprojekten erprobt werden. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens für die erste Säule wollen wir sicherstellen, dass das Ziel des Gesetzentwurfs, die schrittweise Eindämmung des Schwarzmarktes, auch wirklich erreicht wird.

- www.gruene-bundestag.de/cannabis

Hybride Konferenz:

5. BETRIEBSRÄTE- UND GEWERKSCHAFTSTAG

Klimaneutrales Wirtschaften ist unerlässlich, um die Folgen der Klimakrise zu bekämpfen. Dabei wird der Strukturwandel nur gelingen, wenn Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen aktiv in den Prozess eingebunden sind. Welche Rolle die betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge dabei spielen, diskutieren wir Grüne im Bundestag im Juli beim 5. Grünen Betriebsräte- und Gewerkschaftstag zusammen mit Expert*innen aus den Interessenvertretungen, Gewerkschaften und der Wissenschaft.

Nach der Begrüßung durch Beate Müller-Gemmeke, die politische Leiterin des Gewerkschafts- und Sozialbeirats der grünen Bundestagsfraktion, gab die Fraktionsvorsitzende Kathari-

na Dröge einen Input zur Zukunft der Wirtschaft. Im Anschluss verdeutlichte die wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, dass betriebliche Mitbestimmung gelebte Demokratie ist. Sie stärkt die soziale Gemeinschaft. Somit ist die Mitbestimmung Voraussetzung dafür, dass der Strukturwandel nicht nur bewältigt wird, sondern auch gelingen kann. In zwei Foren diskutierten die Teilnehmenden anschließend mit Beate Müller-Gemmeke und Prof. Dr. Johanna Wenckebach vom Hugo Sinzheimer Institut über die Stärkung der Mitbestimmung sowie mit unserem Sprecher für Arbeit und Soziales Frank Bsirske und Prof. Dr. Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen über die Tarifbindung.

- www.gruene-bundestag.de/5-betriebsraete-und-gewerkschaftstag



Foto: Thanh Vy Tran

Empfang:

FEIERSTUNDE ZUR REFORM DES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHTS

Am 23. Juni würdigte unsere Fraktion das fast genau zwei Jahre zuvor von Bundestag und Bundesrat beschlossene „4. Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes“. Diese überfällige Reform schuf einen neuen Rahmen dafür, ein eklatantes Unrecht aufzuheben: sowohl für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung als auch für Personen, die vom abstammungsbedingtem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen waren, sowie deren Nachkommen.

Bei einer Feier brachten wir Grüne im Bundestag Überlebende und Nachkommen sowie Wegbereiter*innen der Reform mit Abgeordneten unserer Fraktion zusammen. Umrahmt von Musikstücken von in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten jüdischen Komponisten gab es bewegende Reden von Nachfahr*innen zwangsausgebürgerter Bürger*innen. Begrüßt und verabschiedet wurden die circa 80 Gäste von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Konstantin von Notz und der Parlamentarischen Geschäftsführerin Filiz Polat.

- www.gruene-bundestag.de/recht



Parlamentarischer Abend:

REGENBOGENABEND 2023

Zum Auftakt der CSD-Saison fand Ende Juni der 16. parlamentarische Regenbogenabend der grünen Bundestagsfraktion statt. Mehr als 700 Menschen kamen ins Paul-Löbe-Haus, um über queerpolitische Erfolge und Herausforderungen zu diskutieren. Die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann würdigte das Engagement der Zivilgesellschaft gegen Hasskriminalität und für gleiche LSBTI-Rechte – welches durch das geplante Demokratiefördergesetz weiter gestärkt werden soll. Bundesfamilienministerin Lisa Paus und der Queerbeauftragte der Bundesregierung Sven Lehmann stellten Initiativen der Ampelkoalition, wie etwa den Aktionsplan „Queer leben“, vor. Und Ulle Schauws, Sprecherin für Familie, Senior*innen, Frauen, Jugend und Queer, erläuterte die Ideen der grünen Fraktion für das geplante Selbstbestimmungsgesetz.

Den Vortrag der ehemaligen Richterin am Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. Susanne Baer über die Grundrechtskämpfe feierte das ergriffene Publikum mit stehenden Ovationen. Musikalisch begleitete die ukrainische Künstlerin Zi Faámelu den Regenbogenabend. Im Anschluss bat DJ*in KakaoKatzê zum Tanz. Zum ausführlichen Bericht geht es hier:

- www.gruene-bundestag.de/regenbogenabend2023



TERMINE

TRANSFORMATION UND BETEILIGUNG IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Online-Fachgespräch am 22.9.2023
FB-2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@www.gruene-bundestag.de

WE RISE: INTERSEKTIONALE FEMINISTISCHE KULTURPOLITIK

Parlamentarischer Abend am
10.10.2023 in Berlin
FB-5-Koordination, TEL 030/227 51066
fachbereich5@www.gruene-bundestag.de

POLIZEI IN DER GESELLSCHAFT

Kongress am 3.11.2023 in Berlin
FB-3-Koordination, TEL 030/227 58900
fachbereich3@www.gruene-bundestag.de

ZUKUNFT DES WALDES UND GRÜNE WALDPOLITIK

Kongress am 17.11.2023 in Berlin
FB-2-Koordination, TEL 030/227 59406
fachbereich2@www.gruene-bundestag.de

SHIFTING THE TRILLIONS – FINANZIERUNG DER ZUKUNFTSWIRTSCHAFT

Hybrider Kongress am 22.11.2023 in Berlin
FB-1-Koordination, TEL 030/227 58909
fachbereich1@www.gruene-bundestag.de

- www.gruene-bundestag.de/termine sowie über unsere Newsletter.

PUBLIKATIONEN

FLYER

- 20|06 Volle Energie für Erneuerbare (Neuaufgabe)
- 20|09 Bürgerenergie (Neuaufgabe)
- 20|14 Grüne Wärme (Neuaufgabe)
- 20|20 Gutes Leben auf dem Land

LEPORELLO

- 20|21 Die kommunale Wärmeplanung hilft beim Heizzwischen
- 20|22 Barrierefrei für alle

ZEITSCHRIFT

- 20|19 Grüne Wärme für alle (profil:GRÜN Juli 23)

Mehr unter:

- www.gruene-bundestag.de/publikationen

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin oder:
versand@www.gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.